

## **Kooperation zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen: Ursachen und Herausforderungen**

*Manfred Wannöffel/Mark Esteban Palomo<sup>1</sup>*

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Deutschland, unter und in denen sich Menschen politisieren, stehen in zunehmendem Maße auf dem Prüfstand. Diese Rahmenbedingungen sind vornehmlich dadurch geprägt, dass die seit den 1990er Jahren rasant wachsende soziale Ungleichheit in der bundesdeutschen Gesellschaft die entscheidende Herausforderung für die zukünftige Gestaltung der politischen und sozialen Demokratie darstellt. Hans-Ulrich Wehler argumentiert, dass bei der aktuellen Vermögensverteilung nach oben und dem kontinuierlichen Absinken nach unten die entscheidende Legitimationsgrundlage der sozialen Demokratie, nämlich die Verteilungsgerechtigkeit zwischen Kapital und Arbeit, immer mehr in Frage gestellt wird.<sup>2</sup> Und Klaus Dörre ist der Auffassung, wenn diese gesellschaftliche Auseinanderentwicklung zwischen den Polen „Hartz und Hoeneß“ von einer breiten Bevölkerungsmehrheit weiter geduldet wird, eine dauerhaft gespaltene Gesellschaft droht, in der die Politisierungsprozesse dann vornehmlich in abgeschotteten sozialen Ghettos und klassenspezifischen Milieus verlaufen.<sup>3</sup> Politische, aber auch religiöse Manifestierungen, wie die wachsende Ausländerfeindlichkeit durch soziale Bewegungen wie der PEGIDA auf der einen und militant religiöse Vereinigungen wie der Salafisten auf der anderen Seite werden dann zukünftig auch in der Bundesrepublik keine gesellschaftlichen Randerscheinungen mehr darstellen, sondern durch politische Praktiken den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zukünftig extrem gefährden.

Sozialhistorische und sozialwissenschaftliche Analysen weisen auf diese Gefährdung der politischen und sozialen Demokratie und die tiefer liegenden Ursachen für diese vielschichtigen, gesellschaftlichen Spaltungsprozesse hin. In den letzten 20 Jahren waren nach der deutschen Vereinigung insbesondere die bundesdeutschen Gewerkschaften – im Vergleich zu den

---

<sup>1</sup> Die Autoren bedanken sich bei Anna-Lena Strehl für die Unterstützung bei der Erstfassung des Beitrages

<sup>2</sup> Siehe: „Hört auf mit der umfrisierten Mittelstandsgesellschaft“, Gespräch mit Hans-Ulrich Wehler, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 6/2013, S. 4 – 8.

<sup>3</sup> Vgl. Klaus Dörre, Hartz und Hoeneß. Warum Reichtum Armut bedingt und was dagegen zu tun ist, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 6 (2013), S. 30-33.

1950er und 1970er Jahren der entwickelten „Arbeitsdemokratie“<sup>4</sup> – gesellschaftspolitisch immer weniger in der Lage, über die Absicherung von Normalarbeitsverhältnissen, Tarifverträgen und Tarifabschlüssen eine dem sozialen Zusammenhalt angemessene Verteilungsgerechtigkeit zwischen Kapital und Arbeit herzustellen. So kommt das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus dem Jahr 2014 zu dem Ergebnis, dass der tarifvertragliche Schutz des Beschäftigungsverhältnisses für Arbeitnehmer in der westdeutschen Privatwirtschaft zwischen 1996 und 2014 von 66% auf 47% drastisch gesunken ist. Der Rückgang der tarifvertraglichen Regulierung fällt in der ostdeutschen Privatwirtschaft für den gleichen Zeitraum von 48% auf nur noch 28% noch bemerkenswerter.<sup>5</sup> Nach diesen neuesten Daten arbeitet in der bundesdeutschen Wirtschaft nur die Minderheit von 37,5% aller Beschäftigten unter dem Regulierungsschutz von Tarifverträgen. Dies ist ein Resultat der schleichenden Erosion institutioneller Gestaltungsmacht von Gewerkschaften ist. Die Armut hierzulande wächst dagegen dramatisch, obwohl in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit merklich gesunken ist: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik waren mit knapp 44 Millionen so viele Menschen erwerbstätig und noch nie haben so viele Menschen – mithin 8 Millionen – im Niedriglohnsektor gearbeitet. Für Dörre haben gerade die deutschen Gewerkschaften in einer zunehmend prekären Vollerwerbsgesellschaft in letzten Dekaden deutlich an institutioneller Macht eingebüßt,<sup>6</sup> so dass in Zukunft nur durch eine Revitalisierung der gewerkschaftlichen Organisationsmacht und durch gegenstandsbezogene Allianzen mit neuen sozialen Bewegungen eine entschlossene Politik der gesellschaftlichen Teilhabe durch sowohl eine Entprekarisierung der Erwerbsarbeit als auch durch eine umverteilende Steuerpolitik von oben nach unten möglich ist.<sup>7</sup>

Wie kann nun eine auf das demokratische Gemeinwohl und den Gemeinsinn orientierte Politisierung der Menschen in einer Gesellschaft gelingen, die durch eine zunehmende soziale Spaltung, Klassengegensätze und durch die Herausforderungen einer globalen Flüchtlingsproblematik geprägt ist? Um diese Leitfrage zu beantworten, geht der vorliegende Beitrag von drei Annahmen aus: Erstens: In der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts haben sich die gesellschaftlichen Widersprüche in der Bundesrepublik derartig zugespitzt, dass sich die politi-

---

<sup>4</sup> Ulrich Beck, Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Berlin 2000.

<sup>5</sup> Vgl. Peter Ellguth/Susanne Kohaut, Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2014, in: WSI-Mitteilungen 4 (2015), S. 290-297, hier: S. 293.

<sup>6</sup> Vgl. Klaus Dörre, Die strategische Wahl der Gewerkschaften – Erneuerung durch Organizing, in: WSI Mitteilungen 1 (2008), S. 3-9, hier: S. 4.

<sup>7</sup> Vgl. Klaus Dörre, Hartz und Hoeneß, S. 30-33.

sche Distanz zwischen traditionellen Organisationen (Gewerkschaften) und sozialen Bewegungen deutlich verringert hat. Zweitens: Keine Organisation oder soziale Bewegung für sich allein verfügt über hinreichende politische Macht diese tiefen, gesellschaftlichen Spaltungstendenzen erfolgreich zu bekämpfen. Drittens: Gegenstandsbezogene Kooperationen und soziale Netzwerke zwischen traditionellen Organisationen und sozialen Bewegungen können zu einer gegenseitigen Revitalisierung und zu einer auf das Gemeinwohl hin orientierten Politisierung breiter Bevölkerungsschichten führen sowie tiefe gesellschaftliche Grabenkämpfe (PEGIDA) begegnen.

Um diese drei Annahmen zu erläutern, ist der Beitrag wie folgt gegliedert. Zunächst stellt sich die Frage, ob die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung als *neofeudal* charakterisiert werden kann. Worin liegen die Gemeinsamkeiten zwischen den traditionellen, feudalen Grund- und neuen Dienstherrn und ist dieser vom Finanzmarkt getriebene Kapitalismus mit Demokratie überhaupt noch vereinbar, wie der stark reformierte Wolfgang Streeck problematisierte? Um diese kontroverse, sowohl wissenschaftliche, als auch politische Debatte mit empirischem Material zu untermauern, werden im darauffolgenden Abschnitt ausgewählte Daten zur Einkommens- und Vermögensentwicklung der Bundesrepublik Deutschland diskutiert. Führt die zunehmende Verteilungsungerechtigkeit zu einer kontinuierlichen Aushöhlung der sozialen Demokratie? Abschließend wird in Anlehnung an Colin Crouch und Ludger Pries die Frage gestellt, welche Organisationen oder soziale Netzwerke zu einer auf das Gemeinwohl orientierten Politisierung der Menschen beitragen können. Es wird damit ein Beitrag zu der viel diskutierten Frage geleistet, ob eine organisierte Zivilgesellschaft als Korrektiv zum ausufernden, die soziale Demokratie unterwandernden, Finanzmarktkapitalismus fungieren kann.

### **Neofeudalismus: Zu den Gemeinsamkeiten von feudalen Grund- und neuen Dienstherrn des Finanzmarktkapitalismus**

Im Jahr 2013 feierte die älteste demokratische Partei Deutschlands ihr 150-jähriges Bestehen. „150 Jahre SPD: ‚Herzlichen Glückwunsch, du alte Tante!‘“<sup>8</sup> titelte ein Onlinebericht des Spiegels, der neben einem Rückblick auf eineinhalb Jahrhunderte sozialdemokratische Grundsatz- und Parteiarbeit auch einen kritischen Ausblick in die Zukunft wagte. Trotz der langen Geschichte der sozialen Demokratie, die seit Jahrzehnten in zahlreichen europäischen Ländern die Staatsgrundlage bildet,<sup>9</sup> zeigen die Entwicklungen der beiden letzten Dekaden,

---

<sup>8</sup> Florian Gathmann/Veit Medick, 150 Jahre SPD: „Herzlichen Glückwunsch du alte Tante!“. Spiegel Online, im Internet unter: [www.spiegel.de/politik/deutschland/150-jahre-spd-a-901086.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/150-jahre-spd-a-901086.html) (09.06.2013).

<sup>9</sup> Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie. Bonn 2008, S. 7.

dass breiten Bevölkerungsmehrheiten eigentlich nicht nach Feierlichkeiten zumute ist. Der deutliche Unmut gegenüber der bundesdeutschen und europäischen Krisenpolitik zur Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 und zahlreiche Protestbewegungen wie Occupy Wallstreet verdeutlichten auch in Deutschland, dass das demokratische System von zahlreichen Bürgern weniger als eine Plattform der aktiven politischen Partizipation in einer sozialen Demokratie als eher politisches System mit Lobbyismus und direkter politischer Einflussnahme von Mitgliedern der finanzkapitalistischen Dienstklasse auf politische Entscheidungen wahrgenommen wird.<sup>10</sup> Diese politischen Entwicklungen erinnerten den Soziologen Sighard Neckel an „Zeiten feudaler Strukturen, ständischer Privilegien und aristokratischer Oberschichten“.<sup>11</sup> Als historische Reminiszenz: In dem mittelalterlichen, feudalistischen Staatssystem, auf das Neckel mit seinem Vergleich anspielt, herrschte eine kleine, elitäre Schicht über eine verelendete Masse der Leibeigenen. Dem Prinzip der Grundherrschaft entsprechend stellten Feudalherren einen Teil ihres Landes adeligen Grundherren zur Verfügung. Diese ließen das Land durch ihre Leibeigenen bewirtschaften, die das Land zwar wirtschaftlich nutzen und bearbeiten durften, im Gegenzug jedoch immens hohe Abgaben an den Grundherrn leisten mussten. Die Leibeigenen waren somit abhängig vom Grundherrn und nicht in der Lage über den notwendigen Lebensunterhalt hinaus Einkünfte zu erlangen. Der Grundherr indes stellte ihnen das Land unter Erhalt seiner Eigentumsrechte zur Verfügung und konnte somit aus der Arbeitskraft der Leibeigenen sein Einkommen und das seines Familienclans generieren. Politische Partizipation war für die Bevölkerungsmehrheit der Leibeigenen grundsätzlich ausgeschlossen, da sich die politische Herrschaft im abgeschlossenen Zirkel zwischen den adeligen Grundherren, dem Klerus und dem Militär abspielte.<sup>12</sup> Die Frage lautet, in welchem Zusammenhang steht nun der Feudalismus des Mittelalters mit dem – nach Neckel - Neo-Feudalismus des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus?

Colin Crouch weist in seinem bekannten Werk „Post-Demokratie“ darauf hin, dass die Entwicklung der Demokratie parabelförmig verlief. Den Anfang bilden die politische und später die zivile Demokratie. Durch die gesellschaftliche Teilhabe der Arbeiterklasse an politischer Macht entwickelt sich eine soziale Demokratie, in der politische und zivile Grundrechte in den Bereich von Arbeit und Wirtschaft als Ergebnis von tiefen sozialen Konflikten transfor-

---

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S.10.

<sup>11</sup> Vgl. Sighard Neckel, „Refeudalisierung“ – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas’schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1 (2013), S. 39-56, hier: S. 40.

<sup>12</sup> Politik Lexikon online, <[www.politik-lexikon.at/print/feudalismus/](http://www.politik-lexikon.at/print/feudalismus/)> (10.06.2013).

miert wurden. Höhepunkt war bislang zweifellos „das Zeitalter des Wohlfahrtsstaats“<sup>13</sup> nach dem zweiten Weltkrieg bis in die späten 1970er Jahre hinein. Nach den Ergebnissen der Weltwirtschaftskrise 1973/74 erleben wir den schleichenden Zerfall der erreichten demokratischen Teilhabe an Arbeit und Wirtschaft. Crouch bezeichnet diesen Verlust an demokratischer Teilhabe als „Postdemokratie“<sup>14</sup>, die sich dadurch kennzeichnet, dass sich die eigentliche Politikgestaltung von den demokratisch legitimierten Institutionen hin zu ökonomischen Eliten des Finanzmarktes verlagert hat, die schließlich vergleichbar mit feudalen Strukturen abgekoppelt von nationaler demokratischer Kontrolle vornehmlich im globalen Kontext operieren.<sup>15</sup> Die damit einhergehende Reduzierung von politischer Partizipation der arbeitenden Bevölkerungsmehrheiten wird durch die Macht der neuen finanzkapitalistischen Dienstklasse deutlich. Insbesondere durch den Zugang zu globalen Informationsflüssen unterscheiden sich global operierende Unternehmen des Finanzmarktes von klassischen Unternehmen der Produktionswirtschaft hinsichtlich ihrer Wachstums- und Profitchancen. Der frühzeitige Zugang zu Marktinformationen hängt demnach von der ökonomischen Potenz ab und resultiert nach Crouch aus einer Schleife der Gewinnmaximierung: je potenter ein ökonomischer Akteur ist, desto niedrighschwelliger ist die Informationsgewinnung, die wiederum einen weiteren Zuwachs an ökonomischer Potenz nach sich zieht.<sup>16</sup> Ebenso sind politische Parteien und Medien durch finanzielle Mittel dieser ökonomischen Akteure beeinflussbar, die selbst Einfluss auf die der breiten Masse zur Verfügung stehenden Informationen nehmen.<sup>17</sup> Lobbyismus untergräbt demnach das demokratische System und bringt „[...]unter dem Deckmantel der Rhetorik der Marktwirtschaft und des freien Wettbewerbs“<sup>18</sup> die elitären Klassen in eine manipulative Position, was unmittelbar an feudale Gesellschaftsstrukturen des Mittelalters erinnert. Neckel greift diesen Gedanken mit dem Begriff Refeudalisierung angelehnt an Jürgen Habermas auf<sup>19</sup>, und klassifiziert vier Dimensionen von aktuellen Refeudalisierungsprozessen: Zunächst beschreibt er die Dimension der Sozialstruktur, die soziale Ungleichheit und die drastische Vermögensumverteilung der letzten zwei Dekaden, die auf feudale Strukturen verweist. Eine zweite Dimension ist die der dominanten Finanzmärkte und ihr Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft. Drittens beschreibt Neckel die Komponente des Leistungsprinzips als

---

<sup>13</sup> Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie, S. 12.

<sup>14</sup> Vgl. ebd. S. 10.

<sup>15</sup> Vgl. ebd. S. 10.

<sup>16</sup> Vgl. Colin Crouch. Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin 2011, S.73.

<sup>17</sup> Vgl. ebd. S. 76.

<sup>18</sup> Colin Crouch, Postdemokratie, S. 69.

<sup>19</sup> Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main 1981.

Teil des Refeudalisierungsprozesses, welches die Reproduktion von Macht und niedrigem Einkommen beschreibt.<sup>20</sup> Als vierte Dimension gilt der Verzicht auf Anrechte des Staates in Form von Steuergeldern bei privaten Stiftungen, welche diese einbehaltenen Privatvermögen dann frei wählbar einsetzen können. Gerade diese vierte Dimension ist zentrales Merkmal einer gesellschaftlichen Spaltung, da dies insbesondere dem Normalverdiener nicht gestattet ist.<sup>21</sup>

Nicht nur Neckel, sondern auch ein stark reformierter Wolfgang Streeck beschreibt in seinem aus der Frankfurter Adorno-Vorlesung hervorgegangenen Buch die Spannung zwischen Finanzmarktkapitalismus und Demokratie, die sich insbesondere nach dem Ende des Nachkriegszyklus entfaltet hat. Er argumentiert, dass die Ursache für die Finanz- und Wirtschaftskrise in einer neoliberalen Transformation liegt, blickt aber auch optimistisch in die Zukunft, in der die Bürger selbst zu einer Lösung dieser Krise beitragen und die Demokratie zurückgewinnen können.<sup>22</sup> Wenn sich die Prinzipien der Demokratie und eines finanzmarktgetriebenen Raubtierkapitalismus (Helmut Schmidt) im Wege stehen und sich ein neofeudales System mit einer elitären transnationalen Finanzmanagerklasse herausgebildet hat, die politische Entscheidungen maßgeblich beeinflusst, stellt sich die Frage, inwieweit sich der politische Mensch gegen diesen Prozess der Refeudalisierung wehren kann. Der Verdruss der Bürger über die reale Reduzierung an politischer Partizipation in den Bereichen Arbeit und Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren erhebliche Aufmerksamkeit erlangt. Spätestens seit der Occupy Wall Street Bewegung im September 2011 in den USA unter dem Slogan „We are the 99 Percent“<sup>23</sup> wird das kapitalistische Finanzsystem und die Vermögensverschiebung offen und breit angeprangert. Wird Neofeudalismus nun als „staatliche Sozialstruktur mit ständiger Beharrung“<sup>24</sup> definiert, und die reduzierte politische Partizipation der Bürger als Folge daraus gesehen, so wird sich der politische Mensch die Frage stellen, in welcher Gesellschaft er eigentlich lebt.

---

<sup>20</sup> Vgl. Sighard Neckel, „Refeudalisierung“ – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas’schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1 (2013), S. 39-56, hier: S. 49.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 53.

<sup>22</sup> Vgl. Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.

<sup>23</sup> Sighard Neckel, „Refeudalisierung“, S. 44.

<sup>24</sup> Vgl. ebd.,

## **Aushöhlung der sozialen Demokratie: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland.**

Die wissenschaftliche Debatte über die Entwicklung hin zum Neofeudalismus ist stark gekoppelt an die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen. Diese ist längst nicht mehr nur ein Problem, mit dem hauptsächlich die angelsächsischen Länder konfrontiert sind, sondern auch in Deutschland wächst die Einkommens- und Vermögensungleichheit dramatisch an. Ähnlich wie in den USA befindet sich auch die Bundesrepublik mittlerweile in der von Paul Krugman definierten Phase der „großen Divergenz“.<sup>25</sup> Während es in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg noch zu einer tendenziellen Angleichung von Einkommen und Vermögen gekommen ist („große Kompression“<sup>26</sup>), nahm die Ungleichheit in Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre durch eine zunehmende Einkommens- und Vermögenskonzentration am oberen Ende der Verteilung dramatisch zu.<sup>27</sup>

Statistisch lässt sich das Ausmaß der Einkommens- und Vermögensverteilung mit dem Gini-Koeffizienten messen. Dieser kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen, wobei die gemessene Ungleichheit mit steigendem Gini-Koeffizienten wächst. So würde sich das gesamte Volkseinkommen bei einem Gini-Koeffizienten von 1 auf nur eine einzige Person konzentrieren, wogegen die Einkommen bei einem Wert von 0 gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung verteilt wären. Die aktuellen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ergeben, dass der Gini-Koeffizient der Haushaltsnettoeinkommen<sup>28</sup> zwischen 1991 und 2011 in der Bundesrepublik Deutschland von 0,247 auf 0,288 merklich angestiegen ist.<sup>29</sup> Somit hat die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen innerhalb von 20 Jahren um 17% zugenommen. Besonders auffallend ist, dass die Ungleichverteilung der Haushaltsnettoeinkommen vor allem zwischen den Jahren 2000 und 2005 in der Phase der rot-grünen Bundesregierung am gravierendsten gewachsen ist. So ist der Gini-Koeffizient während dieser Phase um 0,037 Punkte angestiegen<sup>30</sup>. Im OECD Vergleich war Deutschland in den Jahren nach der

---

<sup>25</sup> Paul Krugman, *The Conscience of a Liberal*. New York/London 2007, S. 124.

<sup>26</sup> Claudia Goldin/Robert A. Margo, *The Great Compression: The Wage Structure in the United States at Mid-Century*, in: *The Quarterly Journal of Economics* 107 (1992), S. 1-34, hier: S. 1.

<sup>27</sup> Vgl. Christina Anselmann/Hagen Krämer, „Denn wer da hat, dem wird gegeben“. *Spitzeneinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland*, Bonn 2012, S. 1-4.

<sup>28</sup> Das Haushaltsnettoeinkommen bzw. verfügbare Einkommen bezieht sich auf das Einkommen, was einem einzelnen Haushalt nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben sowie nach staatlicher Umverteilung zur Verfügung steht.

<sup>29</sup> Vgl. DIW Berlin, *SOEP 2012 – SOEPmonitor Person 1984-2012 (SOEP v29)*, *SOEP Survey Papers* 193 (2014), S. 81-83.

<sup>30</sup> Vgl. ebd.

Jahrtausendwende uneingeschränkt der Spitzenreiter hinsichtlich der Spreizung in der Einkommensentwicklung.<sup>31</sup> Seit 2005 ist der Ginikoeffizient aber größeren Schwankungen ausgesetzt und vorübergehend deutete sich auch ein leichter Rückgang der Ungleichverteilung an, bevor 2011 ein erneuter Anstieg zu verzeichnen war. Die zwischenzeitlich rückläufigen Tendenzen spiegeln zweifelsfrei die Folgewirkungen der Finanzmarktkrise 2008/9 sowie die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wider. So dürfte der temporäre Rückgang der Vermögensrenditen vor allem am oberen Rand der Verteilung zu Einkommenseinbußen – und somit zu einer Angleichung der Einkommen insgesamt – geführt haben.<sup>32</sup> Ebenso dürfte sich auch die seit 2005 kontinuierlich gesunkene Arbeitslosigkeit mindernd auf die Einkommensungleichheit ausgewirkt haben.<sup>33</sup> Als eine Trendwende kann diese Entwicklung nicht gedeutet werden, denn dafür hätten sich die Einkommen noch stärker in Richtung gleichmäßiger Verteilung bewegen müssen. Die Daten lassen eher die Interpretation zu, dass die Einkommensungleichheit trotz gesunkener Arbeitslosigkeit und einem hohen Beschäftigungsniveau auf dem erreichten Niveau stagniert.<sup>34</sup> Gemessen an der Reduzierung der Arbeitslosigkeit um zwei Millionen Menschen seit 2005 hätte sich die Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen deutlich stärker verringern müssen. Dass es nicht zu einer größeren Angleichung der Einkommen gekommen ist, liegt u.a. an der verstärkten Ausbreitung der Niedriglohn- und Teilzeitbeschäftigung.<sup>35</sup> Laut den Daten des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) ist fast jeder vierte Arbeitnehmer (22,9%) in Deutschland zu einem Niedriglohn beschäftigt und die Anzahl der Niedriglohnbeschäftigten liegt mittlerweile bei knapp unter acht Millionen.<sup>36</sup>

---

<sup>31</sup> Vgl. OECD, *Growing Unequal?: Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Country Note Germany (in German): Deutschland, 2008*, S. 1.

<sup>32</sup> Vgl. Jan Behringer/Thomas Theobald/Till van Treeck, *Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: eine makroökonomische Sicht*, in: *IMK Report 99 (2014)*, S. 3-4.

<sup>33</sup> Vgl. Markus M. Grabka/Jan Goebel/Jürgen Schupp, *Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten*, in: *DIW Wochenbericht Nr. 43 (2012)*, S. 3-15, hier S. 7..

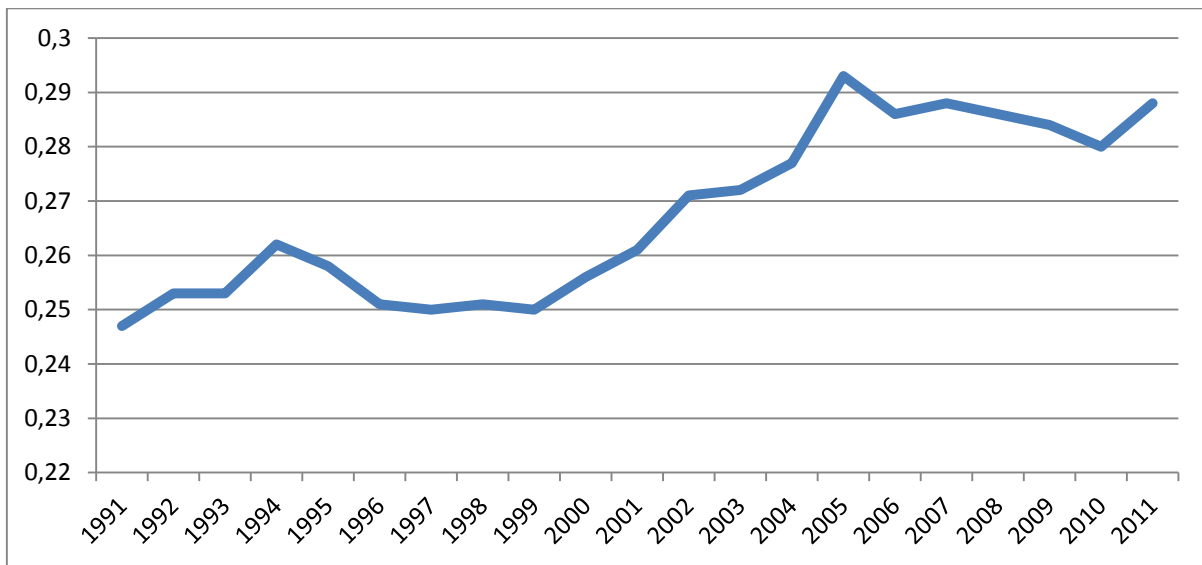
<sup>34</sup> Vgl. Karl Brenke/Gert G. Wagner, *Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum*, in: *Wirtschaftsdienst 2 (2013)*, S. 110-116, hier: S. 113; Stefan Bach, *Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 10/11 (2013)*, S. 15-19, hier S. 16.

<sup>35</sup> Stefan Bach, *Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 10/11 (2013)*, S. 15-19, hier S. 15.

<sup>36</sup> Vgl. Thorsten Kalina/Claudia Weinkopf, *Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. Duisburg/Essen 2012*, S. 3-5.



**Abbildung 1: Entwicklung des Gini-Koeffizienten der verfügbaren Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1991 und 2011**



Quelle: Eigene Darstellung nach DIW Berlin, SOEP 2012 – SOEPmonitor Person 1984-2012 (SOEP v29), SOEP Survey Papers 193 (2014), S. 81-83. Originaldaten: SOEP 2012.

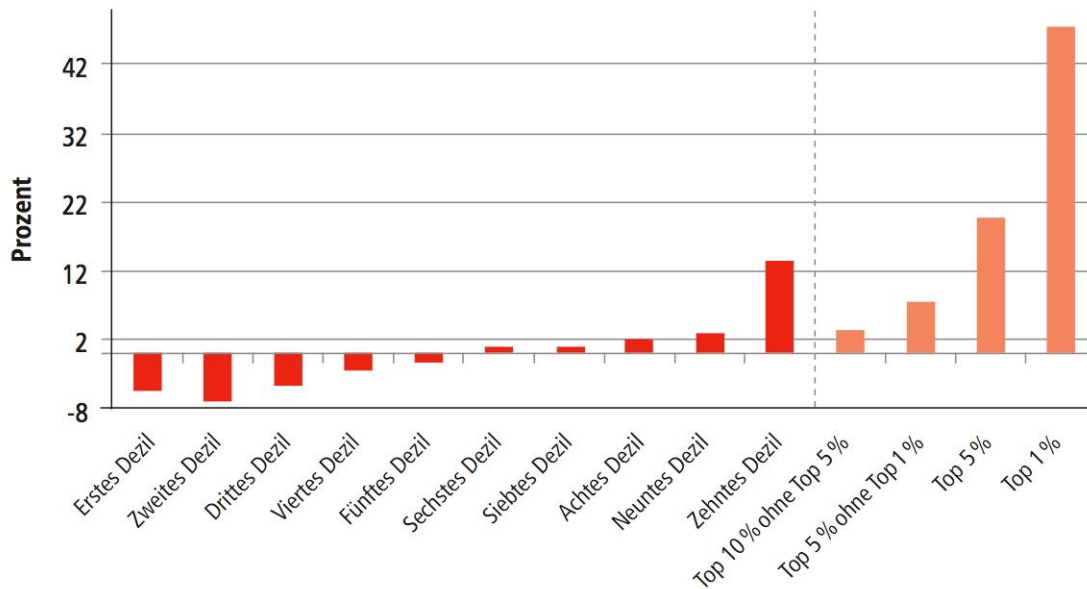
Paradox mutet es an, dass man in Deutschland in der Langzeitbetrachtung eine zunehmende Einkommensungleichheit messen kann, doch im gleichen Zeitraum das Bruttonationaleinkommen stetig wächst. Die zunehmende Ungleichheit der Einkommen ist vor allem auf die extrem starken Zuwächse am oberen Rand der Einkommensverteilung zurückzuführen. Verdeutlichen kann man dies, wenn man die Haushalte in Abhängigkeit ihres Einkommens in Dezile unterteilt (Abbildung 2): Nur das oberste Dezil konnte seit dem Jahr 2000 signifikante Zuwächse (13%) verzeichnen, wogegen vor allem die Einkommen der mittleren und untersten Dezile stagnierten bzw. sanken.<sup>37</sup> Noch gravierender wird die Scherenentwicklung, wenn die Zuwächse bei dem einkommensreichsten einen Prozent der Haushalte in Deutschland (Top 1%) betrachtet werden. Die Topeinkommen sind im gleichen Zeitraum um 48% angestiegen, zu denen u.a. die Gehälter von Managern und Finanzmarktakteuren („working rich“) gehören.<sup>38</sup> So liegt das durchschnittliche Vorstandsgehalt in den 30 deutschen Dax-Gesellschaften mittlerweile zwischen fünf und

<sup>37</sup> Vgl. Christina Anselmann/Hagen Krämer, 2012, S. 2.

<sup>38</sup> Vgl. ebd.

sechs Millionen Euro im Jahr und beträgt somit mehr als das Hundertfache von dem, was die Beschäftigten im Durchschnitt pro Jahr verdienen.<sup>39</sup>

**Abbildung 2: Veränderungsrate der verfügbaren Einkommen in Deutschland zwischen den Jahren 2000 und 2009**



Quelle: Christina Anselmann/Hagen Krämer, „Denn wer da hat, dem wird gegeben“. Spitzeneinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland, Bonn 2012, S. 4. Originaldaten SOEP 2011.

Während nun am oberen Ende der Einkommensverteilung ein explosionsartiges Wachstum der Gehälter zu verzeichnen ist, sinken die verfügbaren Einkommen der drei untersten Dezile seit dem Jahr 2000 kontinuierlich (-8%).<sup>40</sup> Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die Verteilungsspielräume der Produktivitätssteigerungen in den vergangenen Jahren politisch nicht annähernd ausgereizt wurden und entweder in Tarifverhandlungen die Lohnzurückhaltung zu sehr dominierte oder mehrheitlich überhaupt keine Tarifverträge mehr Anwendung fanden. Statt in den Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schlugen sich die Wohlfahrtsgewinne ausschließlich bei den höheren Einkommen nieder.<sup>41</sup> Eine Studie des DIW und der Universität Bremen belegt zudem, dass im Zuge der gestiegenen Einkommenspolarisierung auch eine deutliche Schrumpfung der Mittelschicht zu erkennen

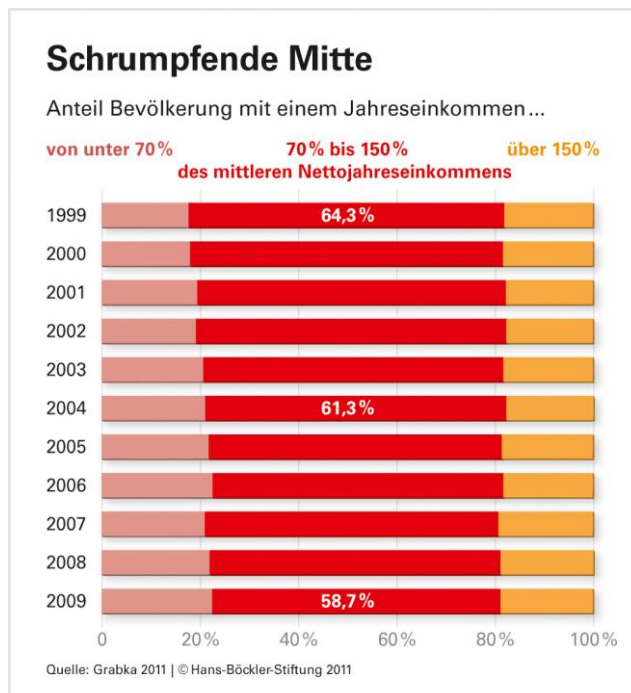
<sup>39</sup> Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013, S. 49. Bis zur Aufdeckung des Manipulationsskandals bei VW lag Winterkorn mit 16 Mio. Euro deutlich an der Spitze der Managergehälter in Deutschland.

<sup>40</sup> Vgl. Christina Anselmann/Hagen Krämer, 2012, S. 2.

<sup>41</sup> Vgl. Karl Brenke/Markus M. Grabka, Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt. In: DIW Wochenbericht Nr. 45 (2011), S. 3-15, hier: S. 15.

ist. Als Mittelschicht werden dabei jene Haushalte definiert, die 70 bis 150% des mittleren Haushaltsnettoeinkommens in Deutschland beziehen. Diese Studie belegt, dass der Anteil der Einkommensmittelschicht gemessen an der Gesamtbevölkerung seit 1997 um 7% gesunken ist. Rund 5,5 Millionen Menschen sind demnach aus der Mittelschicht herausgefallen, wobei der überwiegende Teil (4 Millionen) in die untere Einkommensschicht abgestiegen ist.<sup>42</sup>

### Abbildung 3: Die schrumpfende Mitte



Quelle: Böckler Impuls 3 (2011).

Wesentlich stärker als die Einkommensungleichheit ist die ungleiche Verteilung der Vermögen ausgeprägt. So geht eine auf SOEP Daten basierende Schätzung des DIW davon aus, dass sich im Jahr 2012 zwischen 63% und 74% der privaten Nettovermögen<sup>43</sup> in Deutschland im obersten Dezil konzentrierten. Das wohlhabendste eine Prozent besitzt nach der DIW Berechnung sogar über 31% des Nettogesamtvermögens, die reichsten 0,1% der Haushalte besitzen über 14%. Dagegen verfügen zwei Drittel der deutschen Privathaushalte nur über wenig oder gar kein Vermögen.<sup>44</sup> Eine längsschnittliche Betrachtung der

<sup>42</sup> Vgl. Thomas Öchsner, Deutschlands Mitte bröckelt. 2013 Berlin; Bertelsmann Stiftung, Die Mittelschicht in Deutschland schrumpft seit 15 Jahre, Gütersloh 2012.

<sup>43</sup> Nach der DIW Definition umfasst das Nettovermögen das Geld-, Sach- und Beteiligungsvermögen eines privaten Haushalts abzüglich sämtlicher Verbindlichkeiten (Hypothesen, Kredite).

<sup>44</sup> Vgl. Markus M. Grabka/Christian Westermeier, Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW Wochenbericht 7 (2015), S. 123-133, hier: S. 130-132.

Vermögensverteilung ist auf der Grundlage der SOEP Daten erst ab dem Jahr 2002 möglich. Die Daten deuten auf eine stagnierende Entwicklung auf hohem Niveau hin: Zwischen den Jahren 2002 und 2007 stieg der Gini-Koeffizient für die Nettovermögen von 0,776 auf 0,799 an. Im Jahr 2012 betrug der Gini-Koeffizient 0,780.<sup>45</sup> In der Eurozone weist die Bundesrepublik Deutschland derzeit die höchste Vermögensungleichheit auf. So liegt der Gini-Koeffizient für Frankreich bei 0,68, für Italien bei 0,61 und für die Slowakei bei 0,45. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,87 im Jahr 2010 ist die Vermögensungleichheit in den Vereinigten Staaten aber noch deutlich stärker ausgeprägt.<sup>46</sup> Diese zunehmende Polarisierung der Einkommen und Vermögen in Deutschland wurde durch die Steuerpolitik der Bundesregierung beschleunigt, denn die seit Mitte der 1990er Jahre durchgeführten Steuerreformen haben dazu geführt, dass hohe Einkommen und Vermögen deutlich entlastet statt belastet werden. So wurde die Spitzen- und Unternehmensteuer gesenkt, aber auch insbesondere die Abschaffung der Vermögensteuer, die nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts seit dem Jahre 1997 nicht mehr erhoben wird, hat die zunehmende Ungleichverteilung forciert.<sup>47</sup> Eine verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögensteuer wurde bisher versäumt, so dass die Bundesrepublik zu den wenigen Industrieländern gehört, die „sich den Luxus eines völligen Verzichts auf die Vermögensteuer erlaubt“<sup>48</sup>. Im gleichen Zuge wurden dagegen die indirekten Steuern erhöht, wie beispielsweise die Mehrwertsteuer oder die Energiesteuer. Diese haben eine regressive Wirkung, d.h. sie belasten die niedrigeren Einkommen in Relation zu den wohlhabenden Haushalten deutlich stärker.<sup>49</sup> Angesichts dieser, sich immer weiter zuspitzenden Aushöhlung der Grundlagen der sozialen Demokratie verwundert es nicht, dass nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes im Jahr 2015 auch die Forderungen nach einer stärkeren Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen weiterhin auf der politischen Agenda von zahlreichen Akteursgruppen aus der Zivilgesellschaft auf der Tagesordnung stehen.

---

<sup>45</sup> Vgl. Markus M. Grabka/Christian Westermeier, Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW Wochenbericht 9 (2014), S. 151-164, hier: S. 153

<sup>46</sup> ebd. S. 156.

<sup>47</sup> Vgl. Stefan Bach, Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, S. 17.

<sup>48</sup> Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung, S. 64.

<sup>49</sup> Vgl. Stefan Bach, Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, S. 17.

## Die Zivilgesellschaft als Korrektiv

Diese dramatischen Entwicklungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung der Bundesrepublik Deutschland lassen sich vornehmlich vor dem Hintergrund eines wachsenden Niedriglohnssektors und damit einhergehend einer schwindenden institutionalisierten Macht der Gewerkschaften verstehen. Im deutschen System der industriellen Beziehungen üben die Gewerkschaften grundsätzlich eine Verteilungsfunktion aus, da sie den Beschäftigten über den Abschluss von Tarifverträgen und über die Tarifpolitik eine Teilhabe an der steigenden Leistungskraft der Unternehmen und damit auch am gesellschaftlichen Wohlstand ermöglichen.<sup>50</sup> Die diskutierten Daten konnten aufzeigen, dass es den deutschen Arbeitnehmerorganisationen in den vergangenen 20 Jahren immer seltener gelungen ist, die politischen Verteilungsspielräume bei Tarifverhandlungen auszureizen, um so der zunehmenden Einkommenspolarisierung entgegen zu wirken. Zurückzuführen ist dies auf ihre deutlich geschwächte gesellschaftliche Position. Durch Mitgliederverluste und durch die Deregulierungspolitik der letzten zwei Dekaden haben die deutschen Gewerkschaften sowohl an organisatorischer als auch an institutioneller Macht eingebüßt.<sup>51</sup> Auch ihr Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse ist geschwunden, da sich zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Politik bis zum Regierungswechsel im Jahr 2013 ein Entflechtungsprozess vollzogen hatte, der sich durch den wieder gewonnenen Einfluss der Gewerkschaften auf die SPD als Regierungspartei erst allmählich wieder um zu kehren scheint.<sup>52</sup> Auf Grund der Erosion der institutionellen Machtressourcen sind die deutschen Gewerkschaften zukünftig als Organisation allein nicht mehr in der Lage, über die Tarifpolitik und über die politische Einflussnahme auf eine Angleichung der Einkommen und Vermögen hinzuwirken. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam auch Colin Crouch für die Entwicklung in England. Nach der Schwächung der englischen Gewerkschaften unter der Regierung Thatcher<sup>53</sup> setzt Crouch seine Erwartungen zur Wiederherstellung einer sozialen Demokratie nicht auf traditionelle Organisationen, sondern vielmehr auf eine starke, engagierte und

---

<sup>50</sup> Vgl. Walther Müller-Jentsch, Strukturwandel der industriellen Beziehungen. 'Industrial Citizenship' zwischen Markt und Regulierung. Wiesbaden 2007, S. 49.

<sup>51</sup> Vgl. Andreas Aust/Hajo Holst (2006), Gewerkschaften und prekär Beschäftigte. Von der Ignoranz zur Organisation? Gewerkschaftliche Strategien im Umgang mit atypisch Beschäftigten, in: Industrielle Beziehungen 4 (2006), S. 291-313, hier: S. 292; Ullrich Brinkmann/Hae-Lin Choi/Richard Detje/Klaus Dörre/Hajo Holst/Serhat Karakayali/Catharina Schmalstieg, Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden 2008, S. 29-40.

<sup>52</sup> Vgl. Anke Hassel, Die Erosion der gewerkschaftlichen Lobbykraft, in: Thomas Leif/Rudolf Speth (Hg.), Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Bonn 2006, S. 188-198, hier: S. 194.

<sup>53</sup> Während der Regierungszeit von Margaret Thatcher ist die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder in Großbritannien um rund 6 Millionen gesunken.

vernetzte Zivilgesellschaft, die als Korrektiv zur neoliberalen Dominanz wirken sollte.<sup>54</sup> Ähnlich argumentieren Ludger Pries und Martin Seliger mit Blick auf den internationalen Kontext zunehmend grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten der bundesdeutschen Industrie. In einer Netzwerktextur können sich Gewerkschaften demnach mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenschließen, um gemeinsam die Ursachen in der Niedriglohnentwicklung und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Widersprüche der Vermögensungleichentwicklung über gegenstandsbezogene Kampagnen politisch zu bekämpfen.<sup>55</sup>

Diesen Weg der Netzwerktextur hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit der Kampagne „UmFairteilen“ seit dem Jahr 2013 eingeschlagen. Zusammen mit 23 weiteren Organisationen, darunter Sozialverbände, Migrantenverbände, NGOs, globalisierungskritische Bewegungen und weitere Gewerkschaften, hat ver.di ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aufgestellt, das darauf abzielt, die Niedriglohnentwicklung und die Verteilungsfrage mit Nachdruck auf die politische Agenda zu setzen. Konkret fordert das Bündnis die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine einmalige Abgabe für hohe Vermögen.<sup>56</sup> Das breite Bündnis setzt sich zum Ziel den gesellschaftlichen Verteilungskonflikt wieder stärker in der öffentlich-diskursiven Arena auszutragen, und organisierte dazu bundesweite Aktionstage, an denen über 40.000 Menschen teilgenommen haben. Auch im Rahmen der Bundestagswahlen 2013 wurde die Verteilungsfrage zu einem zentralen Thema gemacht; u.a. führte das „UmFairteilen“-Netzwerk mehrere Großdemonstrationen durch.<sup>57</sup> Ob diese breite Kooperation zur einer erfolgreichen Politisierung der Menschen geführt hat, kann im Rückblick nur ambivalent beantwortet werden. Das große Medienecho und die gesteigerte Unterstützung für das soziale Bündnis zeugen davon, dass eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Verteilungsthematik durchaus erreicht wurde. Die niedrige Wahlbeteiligung und das schlechte Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl 2013 weisen allerdings in eine andere Richtung.

Auch die Aufmerksamkeit verebbte wieder nach den Bundestagswahlen im Jahr 2013 vor dem Hintergrund der politischen Dominanz der tiefen Euro-Krise um Griechenland. Im Jahr 2015 scheint diese Debatte um die Verteilungsgerechtigkeit durch die Herausforderungen

---

<sup>54</sup> Vgl. Colin Crouch, Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus.

<sup>55</sup> Ludger Pries/Martin Seliger, Work and Employment Relations in a Globalized World: The Emerging Texture of Transnational Labour Regulation, in: Global Labour Journal 1 (2013), S. 26-47.

<sup>56</sup> Vgl. <umfairteilen.de/start/info/> (01.06.2013).

<sup>57</sup> Vgl. <umfairteilen.de/start/vergangene-aktionen/aktionstag-134/> (01.06.2013).

der durch Gewalt und Terror fliehenden Menschen in die Bundesrepublik Deutschland abermals beiseite geschoben. Dabei wirft gerade die zukünftige Integration der Flüchtlinge die Frage nach einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung auf den Plan. Die große Herausforderung besteht darin, wie sich ein breites soziales Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen – Gewerkschaften und soziale Bewegungen – im Kontext der vielfältigen sozialen Integrationsproblematik verfestigen kann. Die ambivalenten Erfahrungen mit dem Bündnis „UmFairteilen“ können dafür eine Grundlage bieten, um eine Politisierung breiter Bevölkerungsschichten, die als Verlierer der Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland gelten, voranzutreiben. In diesem Zusammenhang kann das Netzwerk auch zu einer gegenseitigen Revitalisierung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen beitragen.

### **Ausblick**

In den beiden Dekaden nach der deutschen Vereinigung haben sich die gesellschaftlichen Widersprüche in der Bundesrepublik derart zugespitzt, dass mittlerweile bekannte Sozialhistoriker, Soziologen und Politikwissenschaftler von einer starken Tendenz zur Refeudalisierung der bundesdeutschen Sozialordnung sprechen. Der vom Finanzmarkt getriebene Raubtierkapitalismus (Helmut Schmidt) ist mit einer politischen und sozialen Demokratie nicht vereinbar. Der Hauptgrund für diese Entkoppelung von Kapitalismus und Demokratie liegt in der Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Verteilungsungerechtigkeit zwischen Kapital und Arbeit so ausgeprägt wie gegenwärtig. Weder die Gewerkschaften noch Akteure aus den sozialen Bewegungen verfügen als Organisationen allein über hinreichende politische Macht, um diese tiefen gesellschaftlichen Spaltungstendenzen, die das Konzept der sozialen Demokratie grundsätzlich in Frage stellen, politisch zu bekämpfen.

Am Bündnis „UmFairteilen“ kann gezeigt werden, dass gegenstandsbezogene Kooperationen und soziale Netzwerke zwischen traditionellen Organisationen und sozialen Bewegungen zu einer gegenseitigen Revitalisierung und zu einer auf das Gemeinwohl hin orientierten Politisierung breiter Bevölkerungsschichten führen können, auch wenn sich die positiven Resultate erst später einstellen. Jedoch weist die aktuell beispiellose Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen im Rahmen der Flüchtlingskrise darauf hin, dass organisationsübergreifende Kooperationen durchaus zu einer Re-Politisierung von Menschen führen können, die sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen. Gegenüber diesen vielfältigen zivilgesell-

schäftlichen Aktivitäten der bundesdeutschen Bevölkerung wirkt PEGIDA geradezu wie eine Randerscheinung.